



Scirocco
borderline-europe, Sizilien –
Teil 18/2022
Palermo, 01.11.2022



Scirocco **borderline-europe, Sizilien -** **Teil 18/2022**

Palermo, 01.11.2022

Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinformatio erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Im Februar 2023 verlängert sich das **Memorandum of Understanding (MoU) zwischen Italien und Libyen automatisch um weitere drei Jahre** – da die Frist zur Beendigung des Abkommens am 2. November nicht wahrgenommen wurde. Bei dem Abkommen handele es sich "nicht (um) ein Memorandum, sondern ein(en) Akt des internationalen Terrorismus", so der Kommentar des **libyschen Aktivisten Yambio David Oliver**. Das Übereinkommen wurde im Jahr 2017 unterzeichnet und dient der Europäischen Union seither zur Migrationsabwehr (siehe [hier](#) und [hier](#)). Durch finanzielle und logistische Zuwendungen sowie Ausbildungsmaßnahmen unterstützt der italienische Staat mit diesem Abkommen die sog. libyschen Küstenwache – trotz des Wissens über die grausamen Zustände in libyschen Gefangenenlagern, die Migrant*innen und Geflüchtete ertragen müssen, wenn sie beispielsweise auf dem Mittelmeer aufgegriffen und zurück nach Libyen gebracht werden. Seit

2017 traf dies auf mind. 85.000 Menschen, Kinder und Erwachsene zu. In den letzten Monaten haben rund 40 Nichtregierungsorganisationen und Vereine – darunter Arci, Amnesty International und Open Arms – gegen die Verlängerung des MoU protestiert und zahlreiche Fälle von **Gewalt gegen Migrant*innen** dokumentiert. **Chiara Denaro von Alarm Phone** berichtet, dass diese vom Einsatz von Schusswaffen über physische Gewalt bis hin zu gefährlichen Manövern auf See, um Boote abzufangen, reichen. Operationen, die keine Rücksicht auf den Schutz des menschlichen Lebens nehmen. Denaro erzählt auch, dass Flüchtlinge dem Alarmphone regelmäßig von ihrer Angst nach Libyen zurückgebracht zu werden erzählen und sogar den Tod auf dem Mittelmeer bevorzugen würden. Die Erneuerung des Memorandums bedeutet die Fortführung einer gewaltvollen Kooperation, durch die sich Italien offiziell von völkerrechtswidrigen Handlungen freisprechen lässt – selbst wenn der italienische Staat diejenigen finanziert, die diese Handlungen für die Europäische Union begehen.

Nationale Wahlen

Nach den Wahlen in Italien (wir berichteten [hier](#) und [hier](#)) ist die neue Regierung unter **Giorgia Meloni** nun offiziell ins Amt getreten. Nach dem **Vertrauensvotum in der Abgeordnetenkammer und im Senat**, wurde die Regierung von den Abgeordneten des Parlaments bestätigt und mit Exekutivfunktionen vertraut.

Der neue Innenminister Matteo Piantedosi hat seine **Pläne für die**

Migrations- und Asylpolitik vorgestellt. Diese lesen sich wie ein **Plan gegen Einwanderung und Organisationen der Bewegungen der Migration** und gehen auf eine gemeinsame Sache zwischen dem Innenminister Matteo Piantedosi und Matteo Salvini zurück, der nun Minister des Ressorts für Infrastruktur und Mobilität ist. Zusammengefasst sind eine Rückkehr der Sicherheitsdekrete (ital. "decreti sicurezza") aus der Amtszeit Salvinis als Innenminister zu erwarten, ebenso der weitere Aufbau von Hotspot-Zentren, der Abbau des Schutzsystems für Geflüchtete und Migrant*innen und Maßnahmen gegen zivile Organisationen und Unterstützungsstrukturen, welche die Situation von Flüchtenden verschlechtern werden.

Die **neue Linie der Regierung** wurde unter anderem nach den jüngsten Entwicklung auf See deutlich. Nachdem die Rettungsschiffe Ocean Viking und SOS Humanity insgesamt mehr als 800 Menschen in mehreren Rettungsmissionen vor dem Ertrinken retten konnten, wurden ihnen unter dem von Piantedosi geführten Innenministerium bis dato die Einreise in einen sicheren Hafen verweigert. Die Regierung forderte die Flaggenstaaten der beiden Schiffe, Deutschland und Norwegen auf, sich der Situation anzunehmen. Die Menschen auf den Booten benötigen indessen dringend einen sicheren Hafen und werden, wie schon in der Vergangenheit, zum Spielball der politischen Entscheidungsträger*innen.

Auch **Familienzusammenführungen sollen von der neuen Regierung deutlich erschwert werden**. Zukünftig soll unter anderem das Einkommensniveau, das für die Familienzusammenführung erforderlich ist, verdoppelt werden und ein zweijähriger Aufenthalt in Italien als Voraussetzung für die Antragstellung auf Wiedervereinigung eingeführt werden. Diese Verschärfung der Anforderungen stehe in einem klaren Widerspruch zum Geist der europäischen Richtlinie, kommentierte der **Regionalrat von Movimento 5 Stelle, Andrea Ussai**, den Gesetzesvorschlag der neuen, rechten Kommission.

Die zunehmende staatliche Repression ist aber auch für italienische Staatsbürger*innen deutlich spürbar. Nachdem in der Nähe von Modena die aufwendige **Auflösung eines unerlaubten Raves** für nationales Aufsehen sorgte, beschloss die Regierung per Dekret ein neues Gesetz zu verabschieden, dass Organisator*innen von "illegalen Raves" mit bis zu sechs Jahren Haft sanktionieren soll. Dieses unverhältnismäßige Strafausmaß sorgte in großen Teilen der Bevölkerung für Empörung und zu dem Vorwurf, die Regierung würde sich zunehmend in einen Polizeistaat verwandeln. Ob das Dekret tatsächlich verfassungskonform ist, bleibt abzuwarten.

Nationale Protestaktionen

Aktivist*innen der Gruppe "**Le donne e gli uomini di buona volontà del Nuovo Mediterraneo**" (dt. "Frauen und Männer guten Willens des Neuen Mittelmeers") haben eine **Protestaktion vor dem libyschen Konsulat in Palermo**

veranstaltet. Sie bespritzten die Wände des Konsulats mit roter Flüssigkeit – als Symbol des Blutes – und hängten Plakate mit Bildern von Migrant*innen und den Worten "libysche Lager", "Folterknechte" und "Konsulat libyscher Folterer" auf. Diese Aktion des zivilen Ungehorsams wurde gefilmt und von der Verteilung von Flugblättern begleitet. Die Aktivist*innen machten auf **Folter, Gewalt und Morde in libyschen Lagern und die Gewalt an Migrant*innen und Flüchtenden** aufmerksam, die Libyen passieren. Sie betiteln die libyschen Behörden als "Wachhunde der Außengrenze im Süden Europas", die das Festhalten und die physische Beseitigung von Menschen zur Aufgabe hätten, deren einziger "Fehler" die Suche nach einer sicheren Zuflucht in Ländern jenseits des Mittelmeeres sei. Die Aktivist*innen selbst verstehen sich als "mediterran" und fordern ein Bürgerrecht, das nicht auf Hautfarbe, Reichtum oder Armut, sondern auf Menschlichkeit beruht sowie das Recht auf Bewegungsfreiheit. Gemeinsam wollen sie ein "neues Mittelmeer" konstruieren, das eine gemeinsame Heimat darstellt und zur Zeit einem Friedhof ohne Kreuze und Grabsteine gleiche.

Laut des Projekts [missing migrants](#) der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind seit 2014 **mindestens 25.106 Menschen auf dem Mittelmeer ertrunken oder verschwunden**. Die Dunkelziffer dürfte noch wesentlich höher sein. Das Mittelmeer stellt die tödlichste Grenze der Welt dar.

Aufenthaltsrecht: Staatsbürgerschaft

Der neu gewählte Abgeordnete der Links-Grünen-Allianz, [Aboubakar Soumahoro](#), hob bei seiner Registrierung in der Camera dei deputati (der zweiten Kammer des italienischen Parlaments) hervor, wie wichtig die Verleihung der italienischen Staatsbürgerschaft für Kinder migrantischer Eltern ist: die in Italien geborenen und aufgewachsenen Kinder erhielten keinerlei Perspektive. Daher sei die **Frage der Staatsbürgerschaft eine Frage der Würde, der Zivilisation**. Wer sich dem widersetze, sei sowohl zivilrechtlich als auch kulturell und politisch unmoralisch", betonte Soumahoro.

Studien zu Migration in Italien

Wie aus dem [Dossier Statistico Immigrazione 2022](#) hervorgeht, müssen **Migrant*innen in Italien unter immer schlechteren Bedingungen arbeiten und werden systematisch von Sozialleistungen und dem Wohlfahrtssystem ausgeschlossen**. Der Anteil jener Migrant*innen, die in *absoluter Armut* leben, nimmt weiter zu und ist mit 32,4% viermal höher als unter italienischen Staatsbürger*innen (7,2%). Auch von *relativer Armut* sind Personen ohne italienische Staatsbürgerschaft wesentlich stärker betroffen. Wie aus dem vom IDOS in Zusammenarbeit mit dem Centro Studi Confronti und dem Istituto di Studi Politici "S. Pio V" erstellten Dossier hervorgeht, hat diese Personengruppe selbst unter größeren Bedingungen der Bedürftigkeit einen viel schlechteren Zugang zu Sozialleistungen als Italiener*innen. Durch diskriminierende rechtliche Limitationen wurde der Anteil von Ausländer*innen unter den Empfänger*innen des

Bürgergeldes auf 12 % begrenzt – obwohl drei von zehn absolut Armen in Italien Migrant*innen sind.

Zivilgesellschaftliche Projekte

Das neue Projekt **“Claim Asylum EU”** der Plattform **LeaveNoOneBehind** soll Menschen helfen, die in der EU Schutz suchen und von Zurückweisungen in Staaten betroffen sind, in denen ihnen Verfolgung droht. **Mithilfe einer App** sollen flüchtende Menschen zukünftig direkt nach Betreten europäischen Bodens einen Asylantrag in der EU stellen können, um ihr Recht auf Asyl wahrzunehmen, bevor sie ausgewiesen werden. Ziel der App sei es, eine Zurückweisung möglichst unwahrscheinlich zu machen – denn, dass einigen Staaten mit einer EU-Außengrenze das Recht auf Asyl oft egal sei, hätten diese an verschiedenen Stellen eindrucksvoll gezeigt, erklärt Mareike Ippen von LeaveNoOneBehind.

MSF (Ärzte ohne Grenzen) betreibt eine **Spezialklinik in Palermo**, in der **Geflüchtete unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus behandelt werden**. Viele der Patient*innen leiden noch immer an den physischen und psychischen Folgen von Folter, die sie auf ihrer Flucht nach Italien ertragen mussten. Die Klinik werde dringend benötigt, erklärt Tarek Keirallah, MSF-Projektkoordinator in Palermo, weil das öffentliche Gesundheitssystem in Italien nicht in der Lage sei die Bedürfnisse der Patient*innen zu erfüllen. Es handle sich häufig um ein **komplexes Geflecht verschiedener Bedürfnisse**, einschließlich

psychologischer und rechtlicher, die nicht allein von medizinischen Fachkräften gelöst werden könnten. MSF kümmere sich daher auch um qualifizierte Kulturmediator*innen, die als Brücke zwischen Patient*innen und Dienstleistern fungieren. Ursprünglich wurden in der Klinik rund 30 Personen behandelt. Mittlerweile sind es etwa 70 und weitere 30 stünden auf der Warteliste, so Keirallah, die Unterstützung durch den öffentlichen und privaten Sektor müssten dementsprechend verstärkt werden.

Situation der Geflüchteten

In Trieste sind immer mehr Migrant*innen gezwungen, **unter sklavenähnlichen Bedingungen** zu leben. Allein im September wurden etwa zehn Meldungen über potenzielle Opfer von Menschenhandel und Ausbeutung bei der Kommission eingereicht – und diese Zahl steigt angesichts der zahlreichen Ankünfte über die sog. Balkanroute von Südosteuropa nach Italien, wie **Hermine Gbedo, Kontaktperson des Vereins Stella Polare**, berichtet. Diese und ähnliche Entwicklungen wurden auf dem vierten nationalen Treffen der Kontaktstellen diskutiert, das Mitte Oktober in Triest stattfand und an dem zahlreiche private Einrichtungen und Freiwillige aus Unterstützungsstrukturen für **“unsichtbare Menschen”** (Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis, die im Verborgenen arbeiten und leben) teilnahmen, die Opfer von **Menschenhandel und schwerer Ausbeutung** – beispielsweise in Form von Zwangsprostitution oder auch -arbeit, Bettelei und Zwangsheirat geworden sind.

Auch in Apulien nimmt der **Menschenhandel in Aufnahmezentren für Migrant*innen zu**. Das geht aus gesammelten Daten des [regionalen Projekts "Puglia non Tratta 5, insieme per le vittime"](#) (dt. "Apulien ohne Menschenhandel, gemeinsam für die Opfer") hervor. Die Daten weisen auf eine Zunahme sexueller Ausbeutung in Innenräumen und das Fortbestehen inhumaner Lebensbedingungen von Opfern hin. Zudem erfolge die Anwerbung und Unterwerfung betroffener Personen zunehmend über digitale Plattformen. Bedeutsame Orte in diesem Kontext seien 15 apulischen Aufnahmestrukturen, insbesondere ein Zentrum in Bari Palese. Wie auch in Trieste werden Migrant*innen in Apulien sexuell (85%) und als Arbeitskräfte (15%) ausgebeutet. Das regionale Netzwerk zur Bekämpfung des Menschenhandels hat in den letzten zwei Jahren etwa 2.500 betroffene Personen gezählt, darunter 80% Frauen, 17% Männer und 3% Transpersonen.

Seit Beginn dieses Jahres haben in italienischen Gefängnissen bereits **70 Menschen Selbstmord** begangen. Einer von ihnen ist der [Marrokaner Dahou](#), der mit 26 Jahren im Gefängnis von Sollicciano starb. Selbst die Gewerkschaft der Gefängnispolizei Uilpa beschreibt dieses grausame Phänomen als ein Massaker, dessen Ende aufgrund der erbarmungslosen Härte des Gefängnisystems in Italien nicht abzusehen sei. Seit dem Jahr 2000 wurden mindestens 1.291 Menschen in italienischen Gefängnissen getötet – durch Mord, Verzweiflung und ein diskriminierendes Aufnahmesystem,

welches Migrant*innen und Geflüchtete inhaftiert, statt ihnen eine Perspektive zu geben.

Versorgung und Unterbringung

In [Ruvo di Puglia](#) soll zu Beginn der Olivenernte ein **provisorisches Dorf mit Mobilheimen für die Unterbringung migrantischer Saisonarbeiter*innen** installiert werden und dort bis zum Ende der Erntezeit im Dezember bleiben. Mithilfe regionaler Gelder sollen notwendige Maßnahmen zur Sicherstellung der Wasserversorgung, der Stromversorgung, des Abwassersystems, der Müllabfuhr, der soziokulturellen Vermittlung und der Gesundheitsfürsorge gesichert werden.

Anders sieht es in Siena aus, denn dort müssen Migrant*innen aufgrund der überlasteten Aufnahmesysteme und bürokratischer Hürden auf der Piazza della Stazione vor dem Bahnhof campieren. Dort befinden sie sich in höchst prekären Bedingungen und sind den [Anfeindungen rechter Personen und Parteien](#) ausgesetzt.

Die [Ankünfte in Trieste](#) bleiben auch im Oktober auf einem hohen Niveau und stellen einen neuen Rekord für diesen Monat dar. Dies lässt sich unter anderem durch das **milde Herbstwetter** erklären, welches eine Reise über die Balkanroute nach Italien begünstigt. Das Aufnahme- und Transfersystem ist entsprechend überlastet.

Ein von [Migrant*innen besetztes Gebiet in der Nähe des römischen Theaters von Ventimiglia](#) wurde von den italienischen

Ordnungskräften geräumt. Eine Gruppe Migrant*innen hatte sich dort ein **kleines Lager eingerichtet, in dem sie nachts Schutz suchten**. Nötig sind solche improvisierten Schlafplätze vor allem deswegen, weil die Behörden nicht ausreichenden Unterkünfte zur Verfügung stellen oder die Antragstellungen auf Asyl und humanitären Schutz ins Stocken geraten und Migrant*innen sich in einem rechtlichen Schwebestadium befinden (siehe [hier](#) und [hier](#)).

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#) sowie in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#).

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de